

Die Zerstörung der akademischen Freiheit und der Sozialwissenschaften in Russland

Theodore Gerber (Universität Wisconsin-Madison) und Hannah Chapman (Miami University, Ohio)

DOI: 10.31205/RA.422.03

Zusammenfassung

Die jüngsten innenpolitischen Repressionen der russischen Regierung und die plötzliche Isolierung russischer Wissenschaftler:innen von internationalen Kooperationspartner:innen werden die russische Wissenschaft, insbesondere die Sozialwissenschaften, wahrscheinlich zerstören. Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion sind die russischen Sozialwissenschaften praktisch aus dem Nichts entstanden und haben sich zu einer wichtigen Quelle für wissenschaftliche Forschung, Verbindungen zu globalen akademischen Netzwerken und Einblicke in die Funktionsweise der russischen Gesellschaft, Politik, Kultur und Wirtschaft entwickelt. Der zu erwartende Verlust der russischen Sozialwissenschaften wird eine wichtige Quelle für unser Verständnis für Russland versiegen lassen. Obwohl sich die Unterstützungsprogramme für geflüchtete Wissenschaftler:innen derzeit (zu Recht) auf die Hilfe für ukrainische Forscher:innen und Studierende konzentrieren, sollten westliche Regierungen, Universitäten und große Förderorganisationen Maßnahmen ergreifen, um russische Sozialwissenschaftler:innen im Exil einen Verbleib zu organisieren und sie zu schützen. Und zwar nicht nur kurzfristig, sondern bis sich die Bedingungen in Russland ändern und eine Wiederaufnahme der Sozialwissenschaften dort möglich sein wird.

Die Entwicklung der sozialwissenschaftlichen Disziplin in Russland, 1991–2022

Die Zensur der Sowjetzeit, die ideologische Starrheit und der Mangel an akademischer Freiheit schränkten die Entwicklung der russischen Sozialwissenschaften während der Sowjetära ein und stellten für die russischen sozialwissenschaftlichen Disziplinen eine nahezu unüberwindbare Barriere zu den entsprechenden internationalen wissenschaftlichen Communities dar. Abgesehen von einigen wirtschaftswissenschaftlichen und anthropologischen Fächern und einer entstehenden empirischen soziologischen Tradition, die den Schwerpunkt auf die Umfrageforschung legte, blieben die russischen Sozialwissenschaften (im Gegensatz zu vielen naturwissenschaftlichen Fächern) zum Zeitpunkt des Zusammenbruchs der Sowjetunion weit hinter der internationalen Entwicklung zurück.

In den letzten drei Jahrzehnten erlangten einige russische akademische Einrichtungen, oft mit der Unterstützung von Mitarbeiter:innen und Geldgebern aus dem Ausland, internationale Anerkennung und Prestige. Sie richteten Graduiertenprogramme in den Sozialwissenschaften ein, rekrutierten ausländische Wissenschaftler:innen, um Studierende auszubilden und Forschungspartnerschaften mit russischen Kolleg:innen einzugehen, schufen Anreize für Veröffentlichungen in angesehenen Fachzeitschriften und verschafften somit russischen Forscher:innen im Ausland einen guten Ruf. In den 1990er Jahren wurden neue Institutionen gegründet, die qualitativ hochwertige Bildungs- und

Forschungsprogramme anbieten sollten, wie die Europäische Universität St. Petersburg (EUSP), die New Economic School, das Smolnyj College für freie Künste und Wissenschaften, das Zentrum für unabhängige Sozialforschung CISR und die Moskauer Schule für Sozialwissenschaften (»Schaninka«).

Die erfolgreichste unter ihnen war die Higher School of Economics (HSE). Die 1992 in Moskau gegründete HSE wurde von der Regierung großzügig finanziert und hatte eine starke Hochschulleitung. Nachdem sie hochkarätige russische Wissenschaftler:innen und einige ausländische Forscher:innen in ihren Lehrkörper aufgenommen, starke sozialwissenschaftliche Labore mit ausländischen Wissenschaftler:innen entwickelt und Zweigstellen in drei anderen Städten gegründet hat, ist sie heute Russlands führende Universität.

Im Jahr 2003 beteiligte sich Russland am Bologna-Prozess zur Vereinheitlichung der Studiengänge (der allerdings nie vollständig umgesetzt wurde). Im Jahr 2012 kündigte die russische Regierung Pläne zur Verbesserung des internationalen Rufs der russischen Universitäten an, indem sie in eine Reihe ausgewählter Einrichtungen investierte, von denen fünf bis 2020 zu den 100 besten Universitäten der Welt gehören sollten.

Die Bemühungen um die Modernisierung der russischen Universitäten waren umstritten und wurden ungleichmäßig und inkonsequent umgesetzt. Innerhalb der russischen Universitäten wehrte sich die »alte Garde« der Dozierenden und des Verwaltungspersonals gegen Änderungen der Leistungskriterien und Standards, die sie nicht auf den Wettbewerb vorbereiteten. Finanzie-

rungsmodelle, die sich in den 1990er Jahren auf Spenden ausländischer Stiftungen und in den 2010er Jahren auf selektive Investitionen der russischen Regierung stützten, förderten tendenziell die Exzellenz einiger weniger herausragender Einrichtungen, während der Rest unterging. Nichtsdestotrotz trugen die Erfolge der Kerninstitutionen dazu bei, eine blühende sozialwissenschaftliche Forschungslandschaft in Russland zu schaffen, deren Mitarbeitende größtenteils einer jüngeren Generation russischer Wissenschaftler:innen angehören, die sich für Spitzenforschung, hohe Bildungsstandards und Internationalisierung einsetzt.

Gegenläufiger Trend: Wissenschaftsfreiheit in Gefahr

Die Freiheit der Wissenschaft, die in den 1990er Jahren floriert hatte und in den ersten Jahren des Putin-Regimes noch einigermaßen geschützt war, geriet jedoch zunehmend unter Beschuss, als Putin ab Ende der 2000er Jahre zur autokratischen Herrschaft überging. Im Jahr 2010 richtete die russische Regierung eine Kommission gegen »Geschichtsfälschung« ein, die Strafen für die Veröffentlichung von Geschichtsdarstellungen verhängen sollte, die die sowjetischen Handlungen im Zweiten Weltkrieg in einem negativen Licht erscheinen ließen. Die Kommission kam nie wirklich in Gang, war aber ein Vorbote konzertierter Bemühungen, Wissenschaftler:innen, die sich kritisch zu aktuellen und historischen Themen äußerten, zu bestrafen. Nach seiner Rückkehr ins Präsidentenamt im Jahr 2012 verschärfte Putin kontinuierlich das Vorgehen gegen die bürgerlichen Freiheiten, was sich auch auf die Wissenschaftsfreiheit auswirkte. Gesetze über »ausländische Agenten«, »unerwünschte Organisationen« und »Extremismus« wurden zu Instrumenten, um unabhängige Forschungszentren wie das Lewada-Zentrum ins Visier zu nehmen.

Im Jahr 2015 eröffneten zwei russische Autor:innen einen Artikel mit der Feststellung: »Als russische Wissenschaftler:innen, die über Sozialpolitik forschen und die in internationale akademische Netzwerke integriert sind, sind wir zutiefst besorgt über die derzeitigen Entwicklungen in Russland, die es uns immer schwerer machen, unsere Arbeit fortzusetzen. Wenn dieser Trend nicht gestoppt werden kann, werden russische Sozialwissenschaftler:innen wieder so isoliert sein werden wie vor 1989. Ebenso könnten internationale Wissenschaftler:innen außerhalb Russlands weniger Zugang zu Informationen über unser Land oder zu Forschungsarbeiten hier bekommen.« Andere schrieben über Selbstzensur und ethische Dilemmata bei der Ausübung der Sozialwissenschaften in Russland.

Die Angriffe auf die Wissenschaftsfreiheit haben sich in den letzten Jahren beschleunigt. Der EUSP wurde 2017 und der Schaninka 2018 die Lehrbefugnis entzo-

gen, angeblich aus technischen Gründen, hinter denen viele politische Motive sahen, um regimekritische Forschung und Lehre zu unterbinden (beide Lehrbefugnisse wurden schließlich wieder hergestellt). Seit 2019 haben die russischen Behörden eine offene Kampagne zur Unterdrückung abweichender Meinungen innerhalb der Wissenschaft verstärkt. Studierende wurden wegen ihrer Teilnahme an Protesten von den russischen Universitäten exmatrikuliert. Die Universitäten wurden gezwungen, die politischen Aktivitäten ihrer Studierenden zu überwachen und Listen derjenigen, die protestieren, oder sogar Informationen über Demonstrationen, an die Staatsanwaltschaft weiterzugeben.

Die HSE erließ umstrittene Maßnahmen zur Einschränkung der freien politischen Meinungsäußerung. Sie entzog der Studierendenzeitschrift Doxa den Status einer Studierendenorganisation, und vier ihrer Redakteur:innen wurden schließlich verhaftet, weil sie zu Protesten aufgerufen hatten. Im Januar 2020 erließ die Universität Maßnahmen, die es Studierenden und Lehrkräften untersagten, sich an bestimmten politischen Aktivitäten zu beteiligen. Einigen Lehrkräften der HSE wurden die Verträge gekündigt, was allgemein als Vergeltungsmaßnahme für oppositionelle politische Aktivitäten interpretiert wurde. In letzter Zeit wurden weitere HSE-Dozierende wegen kritischer Äußerungen entlassen.

Im April 2021 unterzeichnete Putin ein neues Hochschulgesetz, das eine Genehmigung der Regierung für jede Zusammenarbeit russischer Wissenschaftler:innen mit ausländischen Kolleg:innen vorschreibt (auch für Einladungen zu Vorträgen) und das alle öffentlichen Bildungsaktivitäten verbietet, die sich angeblich gegen die russische Verfassung richten oder Unruhen schüren, obwohl russische Wissenschaftler:innen und Kulturschaffende in der Öffentlichkeit dagegen protestierten. Im Juni 2021 wurde das Bard College von der russischen Generalstaatsanwaltschaft zu einer »unerwünschten Organisation« erklärt, woraufhin es seine gemeinsamen Studiengänge und Austauschprogramme einstellte. Der Gründungsrektor der HSE Jaroslaw Kusminow trat im Juli unter Verdacht zurück, dass er durch politischen Druck, der sich auf die jüngste Politik der Universität auswirkte, zum Rücktritt gezwungen wurde. Später im selben Jahr wurde der Rektor der »Schaninka« Sergej Sujew unter dem Vorwurf der Veruntreuung verhaftet, der vermutlich politisch motiviert war. Sujew befindet sich derzeit in Haft.

Die letzten Nägel im Sarg

Kurz nach dem Einmarsch in die Ukraine erließ die russische Regierung Gesetze, die Äußerungen gegen den Krieg unter Strafe stellten, darunter auch die Bezeichnung »Krieg«. In einer Rede am 16. März bezeichnete

Präsident Wladimir Putin Russ:innen, die mit »dem Westen« sympathisieren, als »fünfte Kolonne« von »Verräter:innen« und »Abschaum«, der aus Russland entfernt werden müssten. Das Bildungsministerium kündigte an, dass Soziologie, Politikwissenschaft und Kulturwissenschaften in den pädagogischen Instituten Russlands nicht mehr gelehrt werden sollen. Ende März verbot Russland seinen Wissenschaftler:innen die Teilnahme an internationalen Konferenzen und erklärte die populärwissenschaftliche Zeitschrift *Troizkij Wariant* zum »ausländischen Agenten«, nachdem die Zeitschrift einen Brief von Wissenschaftler:innen und Wissenschaftsautor:innen veröffentlicht hatte, der sich gegen den Krieg richtete und von 8.000 Personen unterzeichnet wurde.

Das bedeutet nicht, dass die gesamte russische wissenschaftliche Community gegen den Krieg ist: Wie der Rest des Landes ist sie polarisiert, wie der öffentliche Brief zur Unterstützung der Invasion, der von mehr als 200 Rektor:innen russischer Universitäten unterzeichnet wurde, beweist. Gleichzeitig haben Tausende von russischen Wissenschaftler:innen und Akademiker:innen offene Briefe unterzeichnet, in denen sie gegen den Krieg protestieren, eine Handlung, die inzwischen mit bis zu 15 Jahren Gefängnis bestraft wird.

Die russische Wissenschaft wurde für den grundlosen Angriff ihres Landes auf die Ukraine international verurteilt. Ukrainische Wissenschaftler:innen haben zu einem »vollständigen Boykott der russischen Wissenschaft« aufgerufen. Mehrere Länder haben ein allgemeines Kooperationsverbot mit russischen Wissenschaftler:innen verhängt oder die Zahlung von Stipendien an sie ausgesetzt, und mindestens eine Universität hat neue Bewerbungen von russischen Studierenden eingeschränkt. Akademische Zeitschriften weigern sich, Beiträge von russischen Wissenschaftler:innen und Universitäten anzunehmen. Ein US-Kongressabgeordneter hat gefordert, russische Studierende von den Universitäten zu verweisen. Die *Times Higher Education* hat »Schritte angekündigt, um sicherzustellen, dass russische Universitäten« in ihren globalen Rankings für Universitäten »weniger hervorgehoben werden«. Kurz nach Beginn der Invasion beendete das MIT seine Partnerschaft mit dem Skolkowo-Institut für Wissenschaft und Technologie (Skoltech), das es 2011 mitgegründet hatte. Westliche Institutionen und einzelne Wissenschaftler:innen taten es ihnen gleich und kappten die formalen Beziehungen zu russischen Universitäten und Instituten. Diese Maßnahmen werden russische Forscher:innen mit Sicherheit von ihren jeweiligen internationalen Communities trennen und ihre Fähigkeit, Forschung zu betreiben und Studierende auszubilden, weiter beeinträchtigen.

Zahlreiche Professor:innen, darunter sowohl Russ:innen als auch Ausländer:innen, haben ihre Stellen an russischen Universitäten gekündigt und das Land

verlassen, wobei sie sich häufig auf das Ende der akademischen Freiheit berufen. Journalist:innen schätzen, dass innerhalb weniger Wochen 250.000 Menschen ins Ausland geflohen sind, darunter viele Akademiker:innen, Journalist:innen, Aktivist:innen und andere Fachleute, die bei einem Verbleib in Russland mit Verfolgung und Isolation rechnen müssen. Bereits jetzt werden Studierende wegen der Teilnahme an Protesten und für Beiträge in den sozialen Medien gegen den Krieg des Landes verwiesen.

Wissenschaftler:innen, die in Russland bleiben, werden auf finanzielle, berufliche und politische Hindernisse stoßen, wenn sie Forschungen durchführen wollen, die internationalen Standards entsprechen. Sie werden weiterhin mit Verfolgung konfrontiert sein, wenn ihre Arbeit als »politisch« eingestuft wird. Das ist ein Etikett, das auf die meisten sozialwissenschaftlichen Forschungsarbeiten zutrifft. Eine echte Forschung in diesen Disziplinen ist somit nicht mehr möglich.

Die Folgen

Anzeichen für die drohende Zerstörung der russischen Sozialwissenschaften gab es schon in den letzten Jahren, aber der Krieg und seine Folgen waren die letzten Nägel im Sarg. Dies geschah genau zu einem Zeitpunkt, als die sozialwissenschaftliche Forschung über Russland zu florieren begann, was zum großen Teil auf die Bemühungen junger, vielversprechender Forschender zurückzuführen war. Die Demontage der Sozialwissenschaften und der wissenschaftlichen Communities im Allgemeinen hat negative Folgen für die internationalen Sozialwissenschaften und westliche Regierungen. Sie bedeutet den Verlust einer bedeutenden Informationsquelle über Russland und auch den Verlust von Forschungsarbeiten, die sich mit wissenschaftlichen Debatten befassen, einschließlich Studien, die Russland innerhalb dieser Debatten verorten. Obwohl westliche Wissenschaftler:innen sozialwissenschaftliche Forschungen über Russland durchführen, waren sie oft auf die Zusammenarbeit mit in Russland ansässigen Akademiker:innen und Studierenden sowie mit Forschenden unabhängiger Sozialforschungseinrichtungen angewiesen.

Putins innenpolitisches Vorgehen hindert ausländische Forscher:innen daran, nach Russland zu reisen, um Daten durch Feldforschung, Archivrecherchen, Interviews und Umfragen zu sammeln. Jüngste Innovationen, die durch die COVID-19-bedingten Reisebeschränkungen vorangetrieben wurden, wie z. B. »Mittler«-Unternehmen, Big-Data-Analysen und virtuelle Interviews, sind zwar weiterhin möglich, aber die Atmosphäre des antiwestlichen Extremismus und die Kriminalisierung von Aktivitäten, die als Unterstützung der »Feinde« Russlands gelten, könnten russische Teilnehmende gefährden. Dies verschärft wiederum die ethischen Fragen, ob aus-

ländische Sozialwissenschaftler:innen eine Gefährdung ihrer russischen Partner:innen und Proband:innen riskieren sollten. Die Auswirkungen der neuen staatlichen Beschränkungen für soziale Medien werden wahrscheinlich den Nutzen von Studien, die auf »Big Data« basieren, in Zukunft einschränken.

Westliche Entscheidungsträger:innen werden somit Wissen und Fachkenntnisse über Russland verlieren, die sie benötigen, um politische Maßnahmen zur Bewältigung der erheblichen Herausforderungen für die globale Sicherheit zu entwickeln, die die russische Regierungspolitik in den kommenden Jahren mit sich bringen wird, unabhängig davon, welche Richtung die Invasion in der Ukraine und die Innenpolitik in Russland einschlagen werden. Das implizite Wissen über die russische Gesellschaft und Kultur, das sich aus dem Aufwachsen und Leben vor Ort ergibt, kann nicht vollständig durch Analysen aus der Ferne ersetzt werden. Zwar lässt sich darüber streiten, ob akademisches Fachwissen wirklich Einfluss auf die politische Entscheidungsfindung hat, doch der Verlust von Erkenntnissen über Russland, die sowohl auf Fakten als auch auf Intuition und gelebten

Erfahrungen sowie ständigen Kontakten mit der Bevölkerung beruhen, verheißt nichts Gutes für die Fähigkeit der politischen Entscheidungsträger:innen, sich in den kommenden Jahren mit Russland auseinanderzusetzen. [...] Auf lange Sicht wird Russland mit seinen 145 Millionen Einwohner:innen, seinem riesigen Atomwaffenarsenal und seinen gewaltigen Kohlenwasserstoffreserven ein wichtiger geopolitischer Akteur und Rivale des Westens bleiben. Daher sollte der Westen Maßnahmen in Erwägung ziehen, die nicht nur Putins böartigem Angriff auf die Ukraine entgegenwirken, sondern auch Russlands umfassenderen strategischen Bemühungen, die internationale Ordnung zu untergraben. Da die Hindernisse für die sozialwissenschaftliche Forschung in Russland immer größer werden, muss das Insiderwissen über Russland, über das wir derzeit verfügen, geschützt und bewahrt werden, anstatt den ohnehin gefährdeten Forschenden vor den Kopf zu stoßen und Wissen und Kompetenzen verfallen zu lassen, in Zeiten, in denen dies am dringendsten benötigt wird.

Stand: 11.04.2022

Quelle: <https://www.ponarseurasia.org/the-destruction-of-academic-freedom-and-social-science-in-russia/>. *Übersetzung mit einigen Kürzungen.*

Über die Autor:innen

Theodore Gerber ist Professor für Soziologie an der Universität von Wisconsin-Madison. Zudem ist er der Direktor des Zentrums für Russland, Osteuropa und Zentralasien.

Hannah Chapman ist Assistenzprofessorin für Politikwissenschaften an der Miami University, Ohio. Sie forscht und lehrt auf dem Gebiet der Vergleichenden Politikwissenschaft mit besonderem Schwerpunkt auf politischem Verhalten und Kommunikation in der ehemaligen Sowjetunion.